

Untersuchungsausschuß I

„Als nächste wäre CDU drangewesen“

Bei der Vernehmung des ehemaligen Finanzministers Professor Friedrich Halstenberg und seines Finanzstaatssekretärs Dr. Martin Döring als Zeugen vor dem Untersuchungsausschuß I standen die Ereignisse in den Jahren 1975/76 im Vordergrund. Das war die Zeit, als die Steuerfahndung St. Augustin von der Schattenfinanzierung der CDU Kenntnis bekam und diese Informationen „nach oben“ weiterleitete.

Er sei, so Halstenberg bei der Vernehmung, am 1. oder 2. Dezember 1975 von dem damaligen Leiter der Steuerabteilung seines Hauses über die Gutachtengeschäfte der CDU unterrichtet worden. Es habe dann Mitte des Monats ein Gespräch mit den Beteiligten gegeben, in dem mit der CDU die Übereinkunft getroffen wurde, alles Material über diese Vorgänge der Finanzverwaltung zur Verfügung zu stellen, um – wie der Staatssekretär bei seiner anschließenden Vernehmung sagte – „zu einem Generalreinmachen zu kommen“. Die Steuerbehörden verpflichteten sich im Gegenzug, die Angelegenheit „rite“ zu behandeln: Ohne übertriebenen Eifer, aber auch ohne unzulässige Verschönerung. Dann sei aber die Sache mit der freiwilligen lückenlosen Aufklärung aus Wahlkampfgründen verschleppt worden, und um die Steuerbeamten nicht in den Verdacht der Begünstigung im Amt geraten zu lassen, sei schließlich die Angelegenheit an die Staatsanwaltschaft abgegeben worden. Halstenberg nachträglich: „Es war schon richtig, daß Herr Foerster die Frage zur Entscheidung gebracht hat.“ Andererseits habe es ihn „erstaunt“, daß er als Minister in einer solch weitgehenden Sache nicht gefragt worden sei, nämlich als die OFD Köln St. Augustin angewiesen habe, vorläufig keine Fahndungsmaßnahmen zu treffen.

Der Zeuge machte aus seiner Haltung zur Schattenfinanzierung keinen Hehl: Er halte es für „unerhört“ und für ein „großes Ärgernis“, daß die Schatzmeister aller Parteien der Meinung gewesen seien, sie genössen sozusagen Immunität; die Parteien seien von den Steuerbehörden nicht prüfbar. Wenn es dennoch Versuche dazu gegeben habe, dann seien sie, wie das in Schleswig-Holstein getan und in Rheinland-Pfalz beabsichtigt gewesen sei, durch Interventionen beim Landesfinanzminister unterbunden worden. Mit dieser Übereinkunft habe er, als er Schatzmeister der SPD geworden sei, sofort Schluß gemacht, erklärte Halstenberg.

Er teilte auch mit, daß er zwei Dinge veranlaßt habe: So habe er als Finanzminister die Zahl der Stellen für die Steuerfahndung enorm erhöht, um diesen Dingen auf den Grund gehen zu können; und er habe außerdem eine Konzernbetriebsprüfung beim Bundesvorstand der SPD anberaunt. Halstenberg: Als nächste Partei wäre die CDU drangewesen, danach die F.D.P. Dazu ist es dann nicht mehr gekommen; Halstenberg schied als Finanzminister 1978 aus dem Amt. Zuvor habe er mit seinem Nachfolger die Problematik „eindeutig und in voller Breite“ erörtert; Halstenberg räumte aber ein: „Kein Amtsnachfolger braucht den Rat des Vorgängers.“

Ministerpräsident Späth als Zeuge im NRW-Landtag

Rau fühlte sich vollständig informiert

Zwei amtierende Ministerpräsidenten vernahm der Untersuchungsausschuß „Neue Heimat“ in der vom Vorsitzenden Dr. Helmut Linssen (CDU) geleiteten Sitzung am 2. April als Zeugen. NRW-Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) fühlte sich nach eigener Aussage über Wohnungskauf- und NH-Angelegenheiten von Städtebauminister Zöpel in den Jahren 1985 und 1986 vollständig und rechtzeitig informiert, sei jedoch mit konkreten Einzelheiten von Kaufverträgen nicht befaßt gewesen. Gespräche mit Gewerkschaftsführern hätten der Rettung des NH-Konzerns im Interesse eines stabilen Bestands von Sozialwohnungen dienen sollen. Von Erfahrungen aus Baden-Württemberg, auch aus seiner Tätigkeit in Aufsichtsgremien der NH, berichtete Ministerpräsident Lothar Späth (CDU).



Einen Tag vor der Bundsratsitzung sagte Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) im NRW-Ausschuß über die Neue Heimat Baden-Württemberg aus, hier mit Ministerpräsident Johannes Rau (r., SPD). Foto: Schüler

Vom bevorstehenden Kauf von 2385 Wohnungen der Neue Heimat NRW durch die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) habe er im Januar 1986 im Kabinett durch Städtebauminister Zöpel erfahren, sagte Ministerpräsident Rau und fügte hinzu: „ohne Preise und ohne Zahlen“. Es sei um den Jahresabschluß der NH für 1985, um die Liquidität gegangen. Um wegen der Stabilität des Wohnungsmarkts in NRW einen Konkurs der NH abzuwenden, habe er eine Reihe von Gesprächen mit DGB- und NH-Vertretern geführt. Allerdings habe er für sich nie die Ebene der Sachgespräche reklamiert, meinte Rau im Hinblick auf Einzelheiten und seine übergeordnete Zuständigkeit. An der Kabinetsitzung vom 25. Februar 1986, bei der das Wohnungsgeschäft gebilligt wurde, habe er nicht teilgenommen.

Das Thema Neue Heimat sei im Kabinett bei der Vorbereitung von Landtagssitzungen „außerhalb der Tagesordnung“ häufig behandelt worden. Minister Zöpel habe Sachstandsberichte gegeben. Er, Rau, habe sich immer vollständig und rechtzeitig informiert gefühlt. Den Kaufpreis für das LEG-I-Geschäft habe er nicht gekannt. Der Kauf sei von allen befragten Instituten für wirtschaftlich sinnvoll gehalten worden.

Zu dem Briefwechsel zwischen Minister Zöpel und dem BGAG-Vorstandsvorsitzenden Lappas am 25. und 26. Januar 1986, der ihm von Ausschußmitgliedern vorgehalten wurde, äußerte sich Rau nicht, verteidigte aber die darin von Zöpel vorgenommene Nachbesserung der Eigenleistung seitens DGB und NH durch deutlicheres Herausstellen

des Eigentümerbeitrags. „Es wird immer wieder vertrauliche Vorgänge geben“, meinte er, als ihm das Datum 26. Februar 1986 unter dem notariell beglaubigten Kaufvertrag für das LEG-I-Geschäft vorgehalten wurde, das dem Termin einer Ausschußsitzung im Landtag entsprach.

Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) berichtete dem Ausschuß, er sei 1970 zur Neuen Heimat Baden-Württemberg (BW) gekommen, habe dort die (nicht-gemeinnützige) NH Städtebau aufgebaut. Ab 1971 sei er Vorsitzender der Geschäftsführung der gemeinnützigen und der NH Städtebau in BW gewesen. Als Mitglied des Vorstands der Konzernmutter NH Hamburg ab 1974 sei er auf eigenen Wunsch zum Jahresende ausgeschieden.

Verfahren zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit der NH habe es seines Wissens in BW nicht gegeben. Während seiner Tätigkeit im Aufsichtsrat der NH-BW (bis 1978) sei die Geschäftspolitik von Hamburg aus gelenkt worden. Verluste der NH-BW seien auf Anordnung von Hamburg vom Konzern ausgeglichen worden. Die besonders hohen Verluste der NH-BW erklärte Späth mit der anderen Finanzstruktur. Die Frage, ob Gewinnabführung (der Tochter zur Konzernmutter) gegen die Gemeinnützigkeit verstoße, habe sich zu seiner Amtszeit als Geschäftsführer nicht gestellt. Die Finanzbeziehungen seien am Aufsichtsrat der NH-BW vorbei von der Zentrale in Hamburg geregelt worden. Grundsätzlich befürwortete Späth Rettungsmaßnahmen für die NH, jedoch nicht mit Landesmitteln.